

Mercosur: Wie Schutzmaßnahmen dem Deal Zustimmung sichern sollen

Von Till Hoppe und Julia Dahm

Die EU-Kommission sichert den heimischen Bauern schnelle Schutzmaßnahmen zu, sollte das Handelsabkommen Marktverwerfungen auslösen. Das könnte es Frankreich und anderen Kritikern erlauben, dem Deal zuzustimmen.

Die EU-Kommission ebnet mit klareren Schutzmechanismen für Landwirte den Weg für das Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten. Mit den Zugeständnissen an die Kritiker will sie das wirtschaftlich und politisch bedeutende Abkommen mit Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay bis Jahresende verabschieden. Die ersten Reaktionen aus Frankreich und Polen fielen verhalten positiv aus.

Die Kommission konkretisiert dafür die Schutzmaßnahmen. Neu sind diese Safeguard-Klauseln selbst nicht: Das Abkommen sieht ohnehin vor, dass beide Seiten sie bei ernststen Marktverwerfungen aktivieren [können](#). Zollsenkungen für betroffene Produkte würden dann zeitweise ausgesetzt. Mit einem EU-Rechtsakt will die Kommission nun aber ausbuchstabieren, wie und wann sie von dem Mechanismus Gebrauch machen wird.

Das ausverhandelte Abkommen fasse man damit nicht noch einmal an, betonte Handelskommissar Maros Šefčovič. Man wolle aber zeigen, dass man die Schutzmaßnahmen „angemessen“ umsetze. Diese sollen unter anderem dann geprüft werden, wenn Importe eines Produkts um mehr als zehn Prozent steigen oder die Preise um mehr als zehn Prozent fallen. In dringenden Fällen will die Kommission innerhalb weniger Wochen reagieren. Parlament und Rat will sie halbjährlich über ihre Marktanalysen informieren, heißt es in einer neu veröffentlichten [Erklärung](#).

Daneben verweist die Kommission auf schon bekannte, „flankierende“ Maßnahmen für Landwirte. Zum Beispiel ein finanzielles Sicherheitsnetz: 6,3 Milliarden Euro sieht der Vorschlag zum EU-Finanzrahmen für 2028 bis 2034 über das „[Unity Safety Net](#)“ für Agrarmarktstörungen aller Art vor. Also nicht nur, aber auch für den Fall, dass etwa Rinderhalter unerwartet stark unter dem Mercosur-Abkommen leiden. Auch will die Kommission strengere Importstandards für Agrargüter [prüfen](#). „Wir haben Gürtel, wir haben Hosenträger und wir haben eine Versicherungspolice“, kommentierte ein hochrangiger Kommissionsbeamter die Schutzmechanismen.

Die Kommission will bis Ende des Jahres die Zustimmung des Rates für den Handelsteil des Mercosur-Abkommens bekommen. Die vereinbarten Handelserleichterungen würden damit bereits schrittweise in Kraft treten, vorausgesetzt das EU-Parlament stimmt ebenfalls zu.

Das Abkommen braucht eine qualifizierte Mehrheit im Rat, die bislang nicht gewährleistet war. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte daher in den vergangenen Wochen mit Präsident Emmanuel Macron verhandelt, wie dessen Bedenken vor unfairem Wettbewerb durch südamerikanische Farmer adressiert werden können. Frankreich spielt eine Schlüsselrolle im Rat, seine Positionierung wird das Abstimmungsverhalten anderer kritischer Staaten wie Polen, Belgien, Irland oder Österreich beeinflussen.

Die Reaktion aus Paris fiel recht positiv aus. Regierungssprecherin Sophie Primas [zeigte](#) sich erfreut darüber, dass die Kommission die Vorbehalte Frankreichs „zur Kenntnis genommen“ habe. Frankreich werde nun die Schutzklauseln analysieren und ihre Tragfähigkeit für die Landwirtschaft prüfen. Der Regierung sei wichtig, dass die Schutzklauseln von einem einzigen Land aktiviert werden könnten und vor einer endgültigen Entscheidung vorübergehend gälten.

Polens Ministerpräsident Donald Tusk deutete ebenfalls ein Einlenken an. Warschau sehe das Abkommen zwar immer noch kritisch, sagte er. Da Frankreich sich aber nicht an der Bildung einer Sperrminorität beteiligen wolle, habe man sich darauf geeinigt, mit den Safeguards zumindest einen Schutzmechanismus vorzubereiten. Österreichs Bundeskanzler Christian Stocker sagte, dem Vernehmen nach sei im Vorschlag „viel berücksichtigt“ worden.

Im Europaparlament äußerten sich Christdemokraten und Liberale positiv. Es gelte nun „im Lichte der globalen Lage zu entscheiden, ob man künftig partnerschaftlicher Stabilitätsanker oder isolierter Besserwisser in der Welt sein möchte“, sagte der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe, Daniel Caspary. Die handelspolitische Sprecherin der Grünen, **Anna Cavazzini**, entgegnete, die Vorschläge der Kommission wirkten „wie ein Anstrich auf einem morschen Haus“.

Kritik kommt weiterhin aus der Agrarbranche. Der Deutsche Bauernverband (DBV) hält die Nachbesserungen zum Mercosur-Abkommen für „unzureichend“. Insbesondere bei Rindfleisch, Geflügel, Zucker und Ethanol seien „negative Markteffekte“ zu erwarten.

Die Kommission wählt rechtlich einen ähnlichen Weg wie beim Chile-Handelsdeal. Sie koppelt den Handelsteil für eine Übergangsphase aus dem größeren Partnerschaftsabkommen aus. Denn dieser fällt in ausschließliche EU-Kompetenz und kann damit vom Rat vom Parlament beschlossen werden kann. Das gesamte Partnerschaftsabkommen muss hingegen in allen 27 Mitgliedstaaten ratifiziert werden, was mehrere Jahre dauern kann.

Den gleichen Weg wählt die Kommission für das modernisierte Abkommen mit Mexiko. Der Handelspart soll Anfang 2026 verabschiedet werden. Auf Einladung von Präsidentin Claudia Sheinbaum will von der Leyen dann nach Mexiko-Stadt reisen, um die Vertiefung der Beziehungen zu zelebrieren. Die Handelspolitik von US-Präsident Donald Trump befeuert auf beiden Seiten das Interesse an einer Modernisierung des 25 Jahre alten Abkommens, das weitere Handelshürden abschafft. Beide Abkommen schafften „Stabilität in einer von Unsicherheit geprägten Welt“, sagte die Außenbeauftragte Kaja Kallas.

Das Abkommen erleichtert den Marktzugang in Mexiko für EU-Agrarexporteure. Es senkt die verbliebenen hohen Zölle etwa auf Käse, Geflügel und Wein. Europäische

Unternehmen erhalten zudem leichter Zugang zu kritischen Rohstoffen und können sich um öffentliche Aufträge bewerben.